

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Frauenbüro/Gleichstellungsstelle	Datum 21.04.2005
	Schriftführerin Gitta Schablack
	Telefon-Nr. 02202/142647
Niederschrift	
Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	Sitzung am Donnerstag, 7. April 2005
Sitzungsort: Rathaus Bensberg, Sitzungszimmer 111, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 19:10 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 15.02.2005
168/2005**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 7. Migrantinnen in Bergisch Gladbach (vorgezogen)**

- 170/2005*
6. **Qualifizierung zur Durchführung von emanzipatorischer Jugendarbeit**
169/2005
 8. **Jahresbericht 2004 der Regionalstelle Frau & Beruf im Frauenbüro**
171/2005
 9. **Aktivitäten des Frauenbüros und der Regionalstelle Frau und Beruf im Frauenbüro im Jahr 2005**
172/2005
 10. **Frauenpolitische Informationen**
173/2005
 11. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

- 1. Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
- 2. Mitteilungen der Vorsitzenden**
- 3. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Die Vorsitzende eröffnet die 3. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste, besonders die in der letzten Sitzung als stellvertretendes Mitglied verpflichtete Frau Herigart Binzberger nun als festes Mitglied und die sachkundige Einwohnerin Frau Heidemarie Birkholz als beratendes Mitglied für den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die sachkundige Bürgerin Frau Pia Poljak wird sodann unter dem einvernehmlich eingefügten Tagesordnungspunkt

TOP 1 a) Verpflichtung einer sachkundigen Bürgerin

verpflichtet:

Alle Anwesenden erheben sich von den Plätzen. Die Vorsitzende verpflichtet das dies annehmende Ausschussmitglied in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann mit folgendem Text:

Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach erfüllen werde.

Die in der Sitzung gefertigte Niederschrift über die Verpflichtung ist als *Anlage* beigefügt.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 15.02.2005

@-> Die Ausschussmitglieder nehmen den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis. Es gibt keine weiteren Mitteilungen.

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@-> Die Vorsitzende hofft auf eine baldige Verwaltungsabstimmung zum Frauenförderplan, der ursprünglich als Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung vorgesehen war.

Herr Kreilkamp berichtet von einer terminierten Sondersitzung aller Fachbereichsleitungen mit dem Ziel, in der nächsten Ausschusssitzung einen abgestimmten Bericht präsentieren zu können.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Es liegen keine Mitteilungen vor.

<-@

7 Migrantinnen in Bergisch Gladbach (vorgezogen)

@-> Die Vorsitzende begrüßt Frau Dederichs und Frau Müller-Shakhtur von der Caritas RheinBerg, Fachdienst für Integration und Migration, die zu einem in der vorausgegangenen Sitzung beschlossenen Beratungsthema „Situation ausländischer Frauen“ berichten. Neben der Beratungstätigkeit bietet die Caritas Gruppenaktivitäten in einer Internationalen Begegnungsstätte im Stadtteil Gronau an. Dort finden Treffen ausländischer Vereine in Zusammenarbeit mit der Caritas statt, ebenso wie Hausaufgabenhilfe und Deutschkurse, daneben wird auch ein Internetcafé betrieben. Zentrales Anliegen des Fachdienstes ist die Förderung der Integration der hier lebenden Migranten und die temporäre Integration von Flüchtlingen.

Frau Dederichs berichtet, dass die Migration nicht nur eine Ortsveränderung für die betroffenen Menschen, sondern auch eine Lebensveränderung bis in den Bereich der einfachsten Alltagssituationen bedeute. Beispielsweise sei der Einkauf in einer Bäckerei bereits deshalb schwierig, weil eine große Auswahl von unbekanntem Backwaren eine Entscheidung fast unmöglich mache. Die einfachste Wahrnehmung von Leben und Verhalten ändere sich, im Detail und im Allgemeinen. Frau Müller-Shakhtur erläutert, dass die Entscheidung für eine Migration in der persönlichen Verfolgung verschiedenster Art oder der wirtschaftlichen Situation im Herkunftsland begründet liegen kann und oft in Notsituationen getroffen wird. In diesen Prozess sind in Familien in der Regel die Kinder mit eingebunden. Andere ausländische Menschen migrieren wegen einer Partnerschaft mit einem deutschen Staatsbürger oder -bürgerin nach Deutschland. Fast alle Migranten sind dadurch motiviert, dass sie die Hoffnung auf eine verbesserte Lebenssituation in einem anderen Land haben. Frau Dederichs berichtet von der Vielzahl unterschiedlicher Nationalitäten im Rahmen der Frauengruppe in der Begegnungsstätte, beispielsweise aus dem Iran, Sri Lanka, Afghanistan, Portugal, ehem. Jugoslawien, Spanien, Korea, Südamerika.

Ein bedeutender Schwerpunkt in der Beratung und auch Anliegen der Frauen ist es, über ihre Fluchtgründe sprechen zu können und über das Asylverfahren. Nach dem neuen Zuwanderungsgesetz im Asylverfahren ist jetzt geregelt, dass z.B. eine geschlechtsspezifische Verfolgung anerkannt werden kann. Im Asylverfahren müssen im ersten Interview der Anhörung beim Bundesamt alle asylrelevanten Gründe dargelegt werden. Dies ist insbesondere für Flüchtlingsfrauen mit Erfahrung von Vergewaltigung, sexueller Gewalt und Misshandlung problematisch. Jede Flüchtlingsfrau hat das Recht auf eine Dolmetscherin oder auch auf eine Entscheiderin im Bundesamt.

Inhalt der Beratung durch den Migrationsdienst ist es, die Frauen über die ihnen zustehenden Rechte im Rahmen des Verfahrens zu informieren. Ein weiteres Anliegen in der Beratung ist Zugang zu Arbeit, Zugang zu Bildungsmöglichkeiten.

Frau Dederichs führt aus, dass Migrantinnen aus Angst vor dem Verlust ihrer Aufenthaltsgenehmigung Gewalt in der Ehe mit einem deutschen Partner erdulden. Im Falle eines den ausländerrechtlichen Erfordernissen entsprechenden ärztlichen Nachweises kann der Migrantin jedoch eine unabhängige befristete Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden. Gesellschaftspolitisch und gesetzlich verankert, ist eine Integration von Flüchtlingen nicht erwünscht, solange sie im Verfahren sind, also keinen dauerhaften Status haben. Dieser Aufenthaltsstatus kann jedoch bis zu zehn Jahre dauern, weshalb es den Mitarbeiterinnen des Migrationsdienstes sehr wichtig ist, dass die sog. temporäre Integration erfolgt. Das bedeutet, dass die deutsche Gesellschaft sich auf die Migranten einlassen und auf sie zugehen sollte.

Frau Kreft bedankt sich für die SPD-Fraktion für den interessanten Vortrag. Auf ihre Nachfrage berichtet Frau Dederichs, die Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen mit dem Hintergrund interkultureller Offenheit funktioniere gut. Frau Müller-Shakhtur ergänzt, dass die Caritas-Suchthilfe Beratungen bei Drogenproblematik bei Migranten anbiete. Durch die enge örtliche Anbindung sei die Zusammenarbeit besonders erleichtert. Die weitergehende Publikation dieses Angebotes scheitere jedoch, so berichtet Frau Dederichs, am Fehlen finanzieller Mittel. Auf Nachfrage von Frau Beisenherz-Galas führt sie weiterhin aus, ihr sei zurzeit kein Fall in Bergisch Gladbach bekannt, in dem ein Kind von Asylbewerbern nicht beschuldigt werden konnte. Frau Müller-Shakhtur ergänzt, dass die zuverlässige Beschulung Gegenstand des neuen Ausländergesetzes sei. Frau Schöttler-Fuchs fragt die Referentinnen nach ihren Vorstellungen möglicher, nicht finanzieller Unterstützung mit dem Ziel, eine Integration zu erleichtern. Frau Dederichs nennt die Prävention in Schulen als ein wünschenswertes Mittel, gegenseitige Akzeptanz und den Dialog frühzeitig zu fördern. Den Erfolg zeige auch ein bereits durchgeführtes Projekt an verschiedenen Schulen.

Auf Nachfrage von Frau Poljak führt Frau Müller-Shakhtur aus, dass die möglicherweise selbstständigere Rolle der Frauen von Männern in der Beratung thematisiert werde. Es gebe kein Gruppenangebot. Zahlen zum Anteil Deutsch lernender Migranten gebe es, so berichtet Frau Müller-Shakhtur auf Anfrage von Herrn Höring, nicht. Durch Gettoisierung beispielsweise komme es für manche Migranten gar nicht zu dem Erfordernis, die deutsche Sprache zu erlernen zu müssen. Der Großteil der Migranten habe jedoch den Wunsch, die deutsche Sprache zu erlernen.

Die Vorsitzende bedankt sich für den interessanten und sehr ausführlichen Vortrag.

<-@

6

Qualifizierung zur Durchführung von emanzipatorischer Jugendarbeit

@-> Die Vorsitzende begrüßt Frau Monika Büttner, Volkshochschule Oberbergischer Kreis, und Herrn Freddy Müller, Kreispolizeibehörde Oberbergischer Kreis, die gemeinsam zu den Themen „Durchführung der emanzipatorischen Jugendarbeit“ berichten.

Einleitend weist Frau Fahner darauf hin, dass dieses Angebot erstmalig im Rheinisch-Bergischen Kreis, in Bergisch Gladbach, stattfindet. Dieses Projekt ersetze die bis vor ca. einem Jahr durch das Ministerium geförderten Selbstbehauptungs-/ Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Konflikttrainings für Jungen an Schulen. Um diese wichtige Arbeit weiter anbieten zu können, habe Frau Fahner mit Frau Büttner die Durchführung dieses inhaltlich überzeugenden Projektes abgestimmt.

Herr Müller berichtet einleitend, dass die kritische Betrachtung traditioneller Rollenbilder in der aktuellen Lebensposition der Mädchen und Jungen Inhalt des Projektes sei. Ursprünglich habe im Oberbergischen Kreis nur das Selbstsicherheitstraining für Mädchen stattgefunden. Für diese Selbstsicherheit sei nicht nur eine Verhaltensveränderung, sondern auch eine Einstellungsveränderung erforderlich. Frau Büttner führt weiter aus, die Mädchen und Frauen sollen zu der Beurteilung befähigt werden, in welchen Lebenslagen sie in Gefahr sind und in welchen nicht. Im Rahmen dieser Trainings wurde der Wunsch sowohl der Trainer und Trainerinnen, der Eltern und auch der Mädchen geäußert, auch die Jungen in das Angebot mit einzubeziehen, was auch umgesetzt wurde. Nach wie vor können aber Schulen und Jugendeinrichtungen wahlweise auch nur ein Konzept anbieten. Die Beteiligung beider Geschlechter entspreche der gesetzlichen Verankerung.

Bei der Entwicklung des Konzeptes für die Jungenarbeit sei wichtig, Jungen in zwei Positionen sehen. Ein Ziel sei es zu verhindern, dass sie Opfer von Gewalt werden, zum anderen sollen sie selbst nicht übergriffig werden. Ihnen soll hierzu Orientierung und Hilfestellung gegeben werden. Faktisch seien 98 % aller sexuellen strafrechtlich relevanten Übergriffe eindeutig männlich. Beide Referenten arbeiten fast ausschließlich mit Multiplikatoren und Multiplikatorinnen im Rahmen entsprechender Qualifizierungen.

So könne relativ schnell erreicht werden, dass diese Arbeit von den Personen geleistet werden kann, die sie auch im weitesten Sinne als Erziehungsauftrag haben, hier in den Schulen. Darüber hinaus könne mit einer solchen Struktur eine Flächendeckung erzielt werden. Ziel sei auch, dass alle Mädchen und alle Jungen diese Trainings im schulischen Bereich als Standard durchlaufen. Im Oberbergischen sei dies seit Jahren so. Insgesamt seien einige Hundert Männer wie Frauen für diese Arbeit ausgebildet worden. Letztlich sei man in einer solchen Struktur auch relativ unabhängig von finanziellen Dingen. Die Multiplikatoren und Multiplikatorinnen haben quasi ihr Berufsleben lang die Möglichkeit, kostenfrei im Rahmen des Unterrichtes diese Kurse jährlich für alle Mädchen und alle Jungen anzubieten.

Die Vorsitzende spricht ihre Begeisterung über das vorliegende Projekt aus und dankt Frau Fahner für die Vermittlung nach Bergisch Gladbach.

Frau Fahner nennt als Zielsetzung die Fortführung der Qualifizierung auch in den kommenden Jahren und stellt in Aussicht, die von Frau Kreft gegebene Anregung zur Trainerakquise in der Form umzusetzen, die Schulrätin einzuschalten mit dem Ziel, den Kurs in den Schulalltag zu integrieren. Ein zweiter Weg wäre die Einladung von Frau Büttner und Herrn Müller zur Konferenz der Schulleiter und -leiterinnen. Frau Fahner wird entsprechend Kontakt mit dem zuständigen Fachbereichsleiter aufnehmen.

<-@

8 Jahresbericht 2004 der Regionalstelle Frau & Beruf im Frauenbüro

@-> Frau Fahner verweist auf die Vorlage und informiert die Ausschussmitglieder vom heutigen Eingang des Zuwendungsbescheides des Landes für die Regionalstelle für das Jahr 2005 in Höhe von 90.000,00 Euro. Frau Christofzik berichtet ergänzend zur Vorlage, dass die Darstellung des Arbeitsschwerpunktes regionale Strukturpolitik ein neuer Bestandteil des vom Ministerium gewünschten Jahresberichts ist.

Die Vorsitzende bedankt sich für die im Bericht dargelegten vielfältigen Veranstaltungen und hofft aufgrund der nun bewilligten Landesmittel auf eine Wiederholung im Jahr 2005. Frau Lehnert begrüßt die Erhöhung der Auflage des Mädchenmerkers

für das kommende Schuljahr.

<-@

9 **Aktivitäten des Frauenbüros und der Regionalstelle Frau und Beruf im Frauenbüro im Jahr 2005**

@-> Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

10 **Frauenpolitische Informationen**

@-> Die Vorsitzende bedankt sich für die erstellten Unterlagen und bedauert das Fehlen eines Artikels zum Internationalen Frauentag in Bergisch Gladbach, der im Bergischen Löwen gebührend gefeiert wurde.

<-@

11 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

@-> Frau Reudenbach fragt an, inwieweit Gender Budgeting in der Stadtverwaltung bereits thematisiert wird und wie das Verfahren sich gegebenenfalls auf die Haushaltsplanung und die Geschlechterbehandlung auswirken kann.

Frau Fahner führt aus, Gender Budgeting befinde sich deutschlandweit und auch in Bergisch Gladbach überwiegend noch in einem theoretischen Stadium. Es gebe eine ganze Reihe von Konzepten, an der praktischen Umsetzung mangle es noch. Die Vorsitzende sieht die Beratung dieses Themas im Ausschuss vor einschließlich der Anregung, Gender Budgeting in das Neue Kommunale Finanzmanagement einzubeziehen.

Frau Schöttler-Fuchs richtet folgende Anfrage an die Verwaltung:

Wie ist der Sachstand zum Thema „Bündnis für Familien“ in Bergisch Gladbach.

Die Anfrage von Herrn Höring, ob angesichts der Haushaltssituation und des Umstandes, dass überwiegend Mitteilungsvorlagen beraten werden, die Anzahl der Sitzungen reduziert werden könne, wird von den Ausschussmitgliedern diskutiert und negativ beantwortet. Frau Fahner merkt abschließend an, dass nur über eine erweiterte Zuständigkeit des Ausschusses wirkliche Entscheidungskompetenz zu erreichen sei.

Eine weitere Anfrage richtet Herr Höring an die Verwaltung:

Ist es möglich, eine Ausschusssitzung in die Räumlichkeiten einer Institution zu verlegen, die zu einem Tagesordnungspunkt berichtet?

Herr Kraus richtet folgende Anfrage an die Verwaltung:

Kann die Stadtverwaltung Kontakt zur islamischen Gesellschaft in Bergisch Gladbach aufnehmen mit dem Ziel, die Ausschussmitglieder über

die Arbeitsinhalte – auch im Hinblick auf deren Arbeit mit Mädchen – zu informieren?

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her. <-@